Freitag, 11. Juli 1930 - 78. Jahrgang Nr. 322

Morgen-Ausgabe

10 Pfennig mit „ULK"

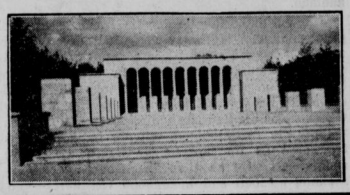
Freitag das achtseitige illustrierte Witzblatt ULK

Berliner Volks-Zeitung

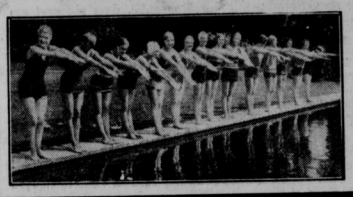
Mit „Unterhaltungs-Blatt"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

755 BERLIN VERÄNDERLICH

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Das Gefallenen-Denkmal der Stadt Nürnberg



Eins, zwei, drei! Ins kühle Nass!

Reichstags-Trauer um die Gruben-Opfer
Reichsbahn und Lotterie machen Preisaufbau

Vor 10 Jahren ...

Heute vor zehn Jahren fand ie Volksabstimmung statt, die Ost- und Westpreussen in den heutigen Grenzen bei Deutschland erhielt. Es war ein Sieg der Heimattreue, ein friedlicher Sieg. Ein Beweis dafür, dass letztlich auch eine waffenstarrende Welt heute ihrer Willkür Halt gebieten muss vor der Forderung eines Volkes auf nationale Selbstbestimmung. Dieses Halt kam allerdings erst, nachdem deutsches Land und deutsches Volkstum unverschmerzliche Verluste erlitten hatte. Unverschmerzliche! Das sei gerade von uns, die wir den Frieden und die Verständigung ohne Hintergedanken verlangen, immer wieder offen betont. Die Wunden im Osten, deren schwerste Korridor und Danzig heissen, sind nicht verheilt, können nicht verheilen. Solange Europa solche Wunden trägt, kann es nicht von der Kriegsseuche genesen. Da hilft auch kein Paneuropapflaster. Da kann nur eines helfen: Verständigung mit Polen, Verständigung mit allen vertraglich Beteiligten und Gebundenen mit dem einen Ziel: Die unerträgliche Zerreissung des deutschen Reiches aufzuheben. Es ist ein langer und beschwerlicher Weg zu diesem Ziel. Aber Geduld, Zielbewusstsein und ehrliche, wirkliche Friedensgesinnung werden auch dieses Werk reifen lassen. Die Erinnerung an den 11. Juli 1920 erfüllt uns dafür mit Zuversicht.

Nazi-Waffendepots entdeckt

Haussuchungen bei zahlreichen Nationalsozialisten / Verräterischer Brief eines verunglückten Motorradfahrers / Der Nazi-Terrorist in der Schupo

Die Berliner Kriminalpolizei hat gestern in den Privatwohnungen zahlreicher Angehöriger der Nationalsozialistischen Partei Haussuchungen nach Waffen, Waffenteilen und Munition vorgenommen. Dabei ist es der Polizei gelungen, an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders aber im Westen, erhebliche Waffen- und Munitionsmengen aufzufinden und zu beschlagnahmen. Die Inhaber der Wohnungen, in denen die Waffen vorgefunden wurden, zwölf an der Zahl, sind verhaftet und der Abteilung I a im Polizeipräsidium zugeführt worden.

Ein seltsamer Zufall hat die Polizei auf die Spur dieser Waffenfunde gebracht. Wir berichteten gestern von einem Zusammenstoss zwischen einem Auto und einem Motorradfahrer, bei dem der Polizeianwärter Kurt Dörre, der auf dem Motorrad sass, mit seiner Begleiterin Elisabeth Hanke getötet wurde. Bei der Einlieferung der beiden Leichen im Potsdamer Schauhaus fand man, als man die Personalien der Toten feststellen wollte, einen Briefwechsel zwischen Dörre und einem in Berlin-Wilmersdorf wohnenden Kaufmann Hoppe. Aus dem Briefwechsel ging deutlich hervor, dass beide Männer der Nationalsozialistischen Partei angehörten und offenbar einer Sturmabteilung zugewiesen waren. In dem Briefwechsel konnte man ferner die interessante Feststellung machen,

dass in Berlin von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei ein grosses Waffenlager versteckt gehalten wurde.

So schrieb Dörre unter anderem an Hoppe, er möge die Maschinengewehrschlösser ja recht sorgfältig pflegen und immer einefttten, denn man wisse nicht, wann man sie gebrauchen könnte.

Auf Grund des vorgefundenen Materials, das von der Potsdamer Polizei der Berliner politischen Polizei übermittelt wurde, wurden noch im Laufe des gestrigen Tages in der Wohnung des getöteten Dörre und bei dem Kaufmann Hoppe in der Sigmaringer Strasse Durchsuchungen vorgenommen. Dabei fand man

eine Liste von weiteren Personen, die ebenfalls Waffen versteckt haben sollen.

Auch hier handelte es sich um Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Die Kriminalpolizei nahm daraufhin auch in diesen Wohnungen Durchsuchungen vor und beschlagnahmte grosse Mengen an Waffen und Munition. Die Arbeiten der Polizei zogen sich bis in die späten Nachtstunden hin, da immer weiteres Belastungsmaterial vorgefunden wurde. Insgesamt sind bis jetzt zwölf Personen von der Polizei zum Verhör nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Die ganze polizeiliche Aktion wurde von der Oeffentlichkeit völlig unbemerkt durchgeführt.

Der getötete Dörre, der offenbar ein sehr aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Partei war, gehörte der Potsdamer Schutzpolizei zwölf Jahre hindurch im aktiven Aussendienst an!

Erst vor kurzer Zeit schied er mit dem Zivilversorgungsschein aus dem Dienst der Schutzpolizei aus und wurde als Versorgungsanwärter sofort von der Potsdamer Kriminalpolizei übernommen. Hier hatte man ihn zunächst im Verwaltungsdienst beschäftigt, wo er Elisabeth Hanke kennenlernte, die dort in der Kanzlei beschäftigt ist und ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört. Offenbar befand sich Dörre, als der Unglücksfall sich ereignete, auf der Rückfahrt von einer Instruktionsfahrt für seine Partei. Nur so ist es zu erklären, dass er die ihn belastenden Papiere bei sich führte.

Die Untersuchung der Berliner Kriminalpolizei wird erst im Laufe des heutigen Tages ihren Abschluss finden. Der Polizeipräsident wird dann über den gegenwärtigen Stand der Waffenfunde und der Verhaftungen eine amtliche Erklärung abgeben.

Weg mit der Kopfsteuer!

Forderung des demokratischen Parteivorstandes — Dafür Schankverzehrsteuer

Bei der gestrigen Tagung des demokratischen Parteivorstandes kennzeichnete in einem einleitenden Referat der Reichstagsabgeordnete Dr. Reinhold die politische Lage dahin, dass in den letzten Tagen eine nicht unbeträchtliche Verschiebnug in der Situation dadurch eingetreten sei, dass die ursprünglichen Deckungsvorschläge, die zunächst gegenüber den Vorschlägen des früheren Reichsfinanzministers Moldenhauer eine Verbesserung dargestellt hätten,

durch das Entgegenkommen an die Rechte in einer Weise verschlechtert worden sind, die der demokratischen Reichstagsfraktion eine Zustimmung wahrscheinlich unmöglich machen werde.

Die Reichsregierung habe sich auf Anregung der rechtsstehenden Parteien dem Gedanken einer ungestaffelten Bürgerabgabe, die die roheste Form der Kopfsteuer darstelle, genähert. Die Demokraten wollen die unbedingt notwendige Sanierung der Gemeindefinanzen ohne eine Erhöhung der Realsteuern, durch eine wahlweise zu verwendende Schankverzehrsteuer herbeiführen. Sollte die Regierung beabsichtigen, über ihre ursprünglichen Deckungsvorschläge hinaus, bei Nichtzustandekommen einer Mehrheit im Reichstag, die Bürgerabgabe auf dem Wege des Artikels 48 als Notverordnung in Kraft zu setzen, würde mit Sicherheit früher oder später der Reichstag zu einer Aufhebung der Notverordnung kommen.

Das politische Ziel der Demokraten bleibe nach wie vor eine Regierung der Grossen Koalition,

die unter den gegenwärtigen Verhältnissen als die auf die Dauer allein sichere Regierungsgrundlage erscheint.

In der Aussprache wurde die Ablehnung der Kopfsteuer aus sozialen wie finanziellen Gründen einmütig zum Ausdruck gebracht.

Dr. Höpker Aschoff trat für die obligatorische Schankverzehrsteuer ein. Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer-Köln erklärte, für die Demokraten sei das Finanzprogramm, mit oder ohne Kopfsteuer, nur annehmbar, wenn es gleichzeitig die Schankverzehrsteuer enthalte.

Der Parteivorsitzende Koch-Weser wandte sich in seinem Schlusswort

besonders gegen die Androhung der Anwendung des Artikels 48.

Unmöglichen Dingen würden aber die Demokraten nicht zustimmen, nur um der Regierung die Anwendung des Artikels 48 zu ersparen.

Widerstand verschärft sich

bei Demokraten und Sozialdemokraten

Die demokratische Fraktion, dier gestern abend tagte, war sich ebenfalls darüber schlüssig, dass die Schankverzehrsteuer zur Sicherung der Geueindefinanzen gefordert werden müsse. Voraussichtlich wird die Fraktion einen entsprechenden Antrag einbringen.

In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung kam die Missstimmung über die Milderung der Sozialleistungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und über die beabsichtigte Aufhebung der unbeschränkten Zuschusspflicht des Reiches zu sehr starkem Ausdruck. Es wurde ausgesprochen, dass die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie herausfordere und für ihre Haltung zum Finanzprogramm entscheidend sein werde.

*

Am gestrigen Nachmittag empfing der Reichskanzler Dr. Brüning u. a. den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren zu einer Aussprache über die Lage beim Finanzprogramm. Der deutschnationale Abgeordnete dürfte zum Ausdruck gebracht haben, dass eine Hilfestellung der Deutschnationalen bei Teilen des Finanzprogramms solange jedenfalls nicht in Frage komme, als sich die Regierungsparteien selbst nicht geeinigt hätten. Immerhin bestätigt der Vorgang die Neigung der Regierung, die nötige Hilfe rechts zu suchen.

Stimmverlust der Arbeiterpartei

LONDON, 10. Juli. (Eigener Bericht.)

Bei der Nachwahl in Nord-Norfolk schrumpfte die bisherige Mehrheit der Arbeiterpartei von 1883 auf 179 zusammen. Gewählt wurde Lady Noel-Buxton, die an Stelle ihres inzwischen ins Oberhaus versetzten Gatten kandidierte. Lady Noel-Buxton erhielt 14 821 Stimmen, ihr konservativer Gegenkandidat Cook 14 642 Stimmen. Cook hatte die volle Unterstützung der „Weltreichspartei" Lord Beaverbrooks, deren steigender Einfluss durch das Ergebnis dieser Nachwahl wieder bewiesen wurde.